

Beschlussvorlage

082/2019

Beratungsfolge:	Gremium:	Art der Sitzung:	
14.08.2019	Kreistag	öffentlich	entscheidend

Tagesordnung:

Siebenpfeiffer-Stiftung;
Wahl von Beiratsmitgliedern 2019 - 2024

Beschlussvorschlag:

Beschluss ergeht nach Beratung.

Finanzielle Auswirkung:

Ja Nein

Leistungsbezeichnung:	
Produktsachkonto:	
Investitionsmaßnahme/Projekt:	
Haushaltsansatz:	
Noch verfügbar:	
Bemerkungen:	

Bad Dürkheim, 6. August 2019

Hans-Ulrich Ihlenfeld
Landrat

Der Landkreis Bad Dürkheim ist seit 1989 Mitglied der Siebenpfeiffer-Stiftung.

Dem Vorstand der Siebenpfeiffer-Stiftung, dem laut Satzung die Oberbürgermeister, Landräte bzw. Vorsitzende der Stiftungsträger angehören, steht ein Beirat beratend zur Seite.

Gemäß § 9 Abs. 3 können die Stifter und der Stiftung beigetretene Institutionen jeweils bis zu **zwei Vertretern** in den Beirat entsenden.

Es sollte sich dabei um gewählte Vertreter des Kreistages handeln. Sie sollten möglichst historisch interessiert sein und dem Liberalismus sowie dem Gedenken des Hambacher Festes nahe stehen. Die Amtszeit beträgt fünf Jahre (§ 9 Abs. 3).

Die Siebenpfeiffer-Stiftung wurde Ende 1986 durch den Landrat des Saar-Pfalz-Kreises mit Sitz in Homburg/Saar, Clemens Lindemann, initiiert, nachdem Philipp Jacob Siebenpfeiffer, ehemals Landcommissär (Landrat) in Homburg war, ehe er - wie aus der Historie bekannt - zu einem der Hauptinitiatoren des Hambacher Festes wurde.

Der Stiftung traten neben dem Kreis und der Stadt Homburg auch die Stadt Zweibrücken (Stadtteil Bubenhausen = Sitz des von Siebenpfeiffer gegründeten Preß- und Vaterlandsvereins, der damit so etwas wie der Vorläufer der heutigen Journalistenverbände war), die Stadt Rastatt sowie die Landesverbände Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg des Deutschen Journalistenverbandes (DJV) bei.

Das Stiftungsvermögen ist in der Hauptsache vom Saar-Pfalz-Kreis eingebracht worden.

Um ein zügiges Wahlverfahren in der Sitzung des Kreistages zu gewährleisten, wurden die Fraktionen gebeten, einen gemeinsamen Wahlvorschlag aller vertretenen politischen Gruppen bei der Verwaltung einzureichen.

Nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers ergibt sich folgende Sitzverteilung:

CDU	1 Sitz
SPD	1 Sitz
Bündnis 90/Die Grünen	-
FWG	-
AfD	-
FDP	-
Die Linke	-